

Eine Analyse der Bundestagswahlergebnisse (AT)

von Erik Baum

Vor genau einem Monat, am 23.9.2021, waren circa 60,4 Millionen Bürgerinnen und Bürger zur Wahl des zwanzigsten deutschen Bundestags aufgerufen. Zuvor hatten so gut wie alle Parteien dieses Ereignis bereits zu einer Schicksalswahl ausgerufen, die über die Zukunft Deutschlands entscheiden würde. Nun hat sich vier Wochen nach der Wahl die erste Aufregung im politischen Berlin gelegt, auch wenn sich das eigentliche machtpolitische Nachbeben des Wahlergebnisses gerade erst entfaltet. Zeit also, ein erstes Resümee zu ziehen und die Bundestagswahl 2021 zu analysieren.

Zwar dürften die Wahlergebnisse inzwischen so gut wie jedem bekannt sein, zwecks Anschaulichkeit ist hier aber nochmals das Wichtigste zusammengefasst:

Die SPD wird stärkste Kraft mit 25,7%, dicht gefolgt von der Union mit 24,1% Stimmenanteil. Mit deutlichem Abstand werden die Grünen drittstärkste Kraft (14,8%), die FDP viert- und die AfD fünftstärkste Fraktion (11,5 und 10,3%). Unterhalb der Fünf-Prozent-Hürde fällt die Linke, die aber mit 4,9% aufgrund einiger Direktmandate trotzdem in den Bundestag einziehen kann.

Dieses Wahlergebnis lässt folgende Beobachtungen zu:

1. Fragmentierung des Parlaments:

Im Gegensatz zu vorherigen Bundestagen gibt es keine eindeutig stärkste Kraft, die eine klare Führungsrolle für sich beanspruchen könnte. Obwohl es eine numerisch betrachtet stärkste Fraktion mit der SPD gibt, ist diese weit davon entfernt, allein oder mit nur einem kleineren Koalitionspartner eine Mehrheit zu erreichen. Die Sitzverteilung erfordert nun Koalitionen mit mindestens zwei anderen Partnern, um Mehrheitsfähig zu sein.

2. Der Niedergang der Volksparteien schreitet voran:

Weder SPD noch Union können mehr als ein Viertel der Wählerschaft von sich überzeugen und scheitern damit an ihrem eigenen Anspruch, gesellschaftsübergreifend Menschen aus verschiedenen Milieus zu mobilisieren.

3. Das Erstarken progressiver Parteien:

Grünen und FDP gelingt es erfolgreich, sich als demokratische und progressive Alternative zu den ehemaligen Volksparteien anzubieten und gewinnen trotz der Spezifität ihrer Programme Zuspruch aus weiteren Kreisen. Dennoch sind auch sie weit davon entfernt, das politische Gewicht der Volksparteien ersetzen zu können.

4. Die politischen Extreme verlieren an Zustimmung:

In der durch die Pandemie hervorgerufenen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Krisensituation orientierte sich die Bevölkerungsmehrheit an den Regierungsparteien der GroKo. Als diese sie mit internen Machtkämpfen und teilweise auch politischem Versagen (Verschlafen der Digitalisierung, ineffizienter Verwaltung, Handlungsunfähigkeit in der Pandemie, etc., etc.) enttäuschte, wandte sich die an demokratischen Werten orientierte

Mehrheit der Bevölkerung den gemäßigten Alternativen der FDP und Grünen zu. Politisch für bundesrepublikanische Verhältnisse radikale Parteien wie AFD und Linke verloren an Sichtbarkeit und damit auch Wählerstimmen, wobei die AFD neben ihren Stammwählern am rechts(radikalen) Rand zumindest noch einige Protestwähler mobilisieren konnte, die ihren Frust über die Pandemiepolitik ausließen.

5. Die Grünen scheitern als neue Volkspartei:

Entgegen ihrem selbst formulierten Ziel und ihren beeindruckenden Umfragewerte aus dem Frühjahr gelingt es Bündnis 90 nicht, in der politischen Bedeutung zu den ehemaligen Volksparteien aufzuschließen. Die Hoffnung auf einen Politikwechsel, welche Bündnis 90 mit ihrem Angebot als echte Alternative zu Union und SPD im Mai befeuerte, enttäuschte die Partei mit einer Reihe von Negativschlagzeilen und einer misslungenen Wahlkampfstrategie, die ihre Glaubwürdigkeit massiv unterminierte. Davon sollten sich die Grünen bis zum Wahltag nicht mehr erholen. Dementsprechend mischt sich unter die Freude der Grünen über das stärkste Ergebnis ihrer Geschichte Enttäuschung und Selbstkritik. Der mittelfristige Aufstieg der Partei zur dritten zentralen politischen Kraft neben Christ- und Sozialdemokraten ist damit aber noch nicht beendet, insbesondere da die Grünen als Umweltpartei von der jährlich steigenden Relevanz ihres Kernthemas profitieren und für die nächsten Jahrzehnte im Grunde ein Dauerticket auf politische Relevanz gezogen haben.

Fazit:

Insgesamt lässt sich mit dem Amtsabtritt Angela Merkels beobachten, dass die Union ihr einstiges Dauerabonnement aufs Kanzleramt aufgeben muss, auch zur eigenen Überraschung. In den letzten Jahren von Merkels Ära hat die Union neben ihrem inhaltlichen Profil auch die innere Einheit verloren - sehr zur Freude der politischen Konkurrenz von SPD, die demonstrativ Geschlossenheit zeigte - und wurde von der Wählerschaft nun für ihre visionslose Ämterpolitik der letzten 16 Jahre zur Rechenschaft gezogen. Ein ähnlich desaströser Wahlkampf wie der von Bündnis 90/die Grünen tat sein Übriges.

Während sich CDU/CSU nach der Wahl in Machtkämpfen zwischen den Parteiflügeln, der Basis und der Parteiführung ergeht und schnurstracks auf den endgültigen politischen Bedeutungs- und Realitätsverlust zusteuert, gibt es bei den Genossen von der SPD Grund zum Feiern: Sie konnten ihr desaströses Ergebnis von 2017 deutlich verbessern und nach jahrelanger Krise überraschend den Wahlsieg für sich reklamieren. Dabei hat die Partei die Wahl vor allen Dingen durch einen Wahlkampf, der keiner war, und die Schwäche der Union gewonnen. Für Olaf Scholz genügte es, eine minimalistische Kampagne zu führen und die SPD nach außen hin geschlossen zu präsentieren, da sich seine Mitbewerber Baerbock und Laschet selbst demontierten. Unbelastet von Skandalen ist er genauso wenig wie seine Konkurrenten, profitiert aber davon, dass der Cum-Ex-Steuerbetrug (besondere Methode des Steuerbetrugs) und Scholz' Rolle in diesem nicht in einem Satz auf einem Wahlplakat darstellbar waren.

Der Wunsch nach politischen Neuanfang, der noch im Frühjahr angesichts der überwältigenden Anzahl an Krisen und Veränderungen durch die Republik zog, hat sich nicht auf dem Wahlzettel manifestiert. Mit dem Versagen der einen Volkspartei wandten sich viele Wählerinnen und Wähler schlicht der anderen zu; die Mehrheit der Deutschen hat sich in ihr Schneckenhaus zurückgezogen und verschließt vor dem immer offensichtlicher werdenden wirtschaftlichen,

gesellschaftlichen und politischen Abstieg Deutschlands die Augen, indem sie für die Probleme von morgen die Lösungen von gestern suchen. Es bleibt zu hoffen, dass sich mit der derzeit immer wahrscheinlicher werdenden Ampel-Koalition progressive Kräfte in eine neue Regierung einbinden lassen, die die dringend benötigte Modernisierung endlich anregen. Andernfalls ist die ökologische, ökonomische und demokratische Lebensgrundlage heutiger und zukünftiger Generationen in großer Gefahr.